

Wie kaum jemals zuvor in der fünfzigjährigen Geschichte der europäischen Einigung hielt Frankreich mit seiner Entscheidung über die Ratifizierung des Verfassungsvertrages der Europäischen Union deren weiteres Schicksal in seiner Hand. In der Abstimmungskampagne über das Referendum vom 29. Mai waren Linksextreme und Rechtsextreme eine unheilige Allianz eingegangen bei der Bekämpfung der Konstitution, die andererseits von der Präsidentenpartei *Union pour un mouvement populaire* (UMP), der zentristischen *Union pour la démocratie française* (UDF), aber auch offiziell von den oppositionellen Sozialisten sowie der kleinen Umweltpartei der Grünen unterstützt wurde. Um die opportunistische Kollusion aller bunt durcheinander gewürfelten Europagegner nicht allzu offenzutage treten zu lassen und dadurch möglicherweise kontraproduktiv zu gestalten, hielt sich der Rechtsextremistenführer Jean-Marie Le Pen lange Zeit eher zurück und überließ das Feld demagogischer Agitation den Kommunisten, den diversen Grüppchen von Troztkisten und auch einer Reihe von Sozialisten, die sich unter undemokratischer Missachtung der innerparteilichen Urabstimmung aller Mitglieder zugunsten der Ja-Parole aktiv an der Kampagne des heterogenen Lagers der Nein-Sager beteiligten.

Die französische Abstimmungskampagne lieferte ein eindrückliches Beispiel für die Weisheit der Schöpfer des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland, die – eingedenk der schlechten Er-

fahrungen in der Weimarer Republik mit direkter Volkswahl des Reichspräsidenten und plebiszitärer Demokratie – das Instrument des Referendums ausschlossen und sich bewusst auf die Prinzipien der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie festlegten. Die französische Referendumskampagne nahm rasch die Züge eines heftigen Abstimmungskampfes für oder gegen Präsident Chirac und die flügelahme Regierung Raffarin an. Aufgestauter Unmut über die wirtschafts- und sozialpolitische Lage mit unvermindert hoher Arbeitslosigkeit verschärfte eine weit verbreitete Neigung, überhaupt nicht mehr auf die gestellte Frage nach der Wünschbarkeit des europäischen Verfassungsvertrages einzugehen, sondern die Gelegenheit zu einem Strafvetum gegen den Staatschef und dessen Regierungskurs zu ergreifen.

Da indes Chirac von Anfang an, in krassem Gegensatz zu der einstmals vom Republikgründer de Gaulle verfolgten Praxis, klargemacht hatte, er werde selbst im Fall eines Scheiterns der Ratifizierung im Amt bleiben, verfehlte die von Teilen der Wählerschaft gehegte Absicht eines Denkmittel-Plebiszites gegen den Staatschef von vornherein ihr eigentliches Ziel. Dass unter den Sozialisten, die noch während Mitterrands Präsidentschaft zum festen Bestandteil des europapolitischen Konsenses in Frankreich gehört hatten, beträchtlicher Widerwille um sich griff, im Einklang mit der von Chirac und dem Regierungslager abgegebenen Stimmempfehlung zu votieren,

war einigermaßen begreiflich. In der Stichwahl vom Frühjahr 2002 hatten sie bereits einmal *nolens volens* Chirac ihre Stimme leihen müssen, um den Rechts-extremistenchef Le Pen so weit wie möglich vom Elysée fernzuhalten. Im EU-Referendum fühlten sich nun viele Sozialisten nicht mehr zu einem solchen Opfer über parteipolitische Gräben hinweg imstande, zumal ihnen durch die Gegner des Verfassungsvertrages vorgegaukelt wurde, eine Ablehnung der Ratifizierung werde in eine „heilsame Krise“ münden und wahrscheinlich die Ausarbeitung eines neuen, besseren Dokuments erlauben. Dieses Trugbild geisterte im Hinterkopf manches Stimmbürgers, dem seitens der Befürworter des Verfassungsvertrages keineswegs mit der gebotenen Eindringlichkeit klargemacht wurde, dass Frankreich sich keinerlei Chancen ausrechnen konnte, in Neuverhandlungen mehr zu erhalten als in dem von seinem früheren Präsidenten Giscard d'Estaing geleiteten EU-Verfassungskonvent.

Demagogische Höhepunkte

In der Abstimmungskampagne erreichte die Demagogie ungeahnte Höhepunkte. Da kaum jemand die 448 Artikel des der Wählerschaft überdies im Originaltext erst sehr spät zugestellten Verfassungsvertrages gelesen hatte, scheuten sich die zuweilen salbungsvoll-besorgt im Mantel der eigentlich „besseren Europäer“ auftretenden Europagegner nicht, unhaltbare Behauptungen als Tatsachen hinzustellen. Dem ahnungslosen Stimmvolk sollte beispielsweise mit der aus der Luft gegriffenen grotesken Ankündigung Angst eingejagt werden, nach In-Kraft-Treten des Verfassungsvertrages würden keine Ehescheidungen mehr möglich sein. Der frühere EU-Kommissionspräsident Jacques Delors brandmarkte zu Recht eine Lügenkampagne seitens vieler Verfassungsgegner. Schon früher hatte,

beileibe nicht nur in Frankreich, immer wieder eine Tendenz überhand genommen, Europa mit seiner Brüsseler Technokratie für alle Übel verantwortlich zu machen und dadurch zum Blitzableiter mannigfaltigen Ungenügens nationaler Politik zu degradieren. Nun wurde der EU-Verfassungsvertrag von seinen Kritikern zum Inbegriff eines breiten Spektrums angeblich von Europa ausgehender Gefahren erhoben. Laut den Thesen unverbesserlicher Nationalisten bedeutete er schlicht das Grab für die letzten Attribute nationalstaatlicher Souveränität, während die Gegner auf der Linken behaupteten, er besiegle das Ende sozialer Gerechtigkeit und Wohlfahrt.

Befürworter in der Defensive

Solchermaßen im Kreuzfeuer skrupelloser Verdrehungen der Wahrheit, fanden sich die Befürworter rasch in die Defensive gedrängt. Der Präsidentenpartei UMP, in deren Reihen selbst manche Skeptiker den Verfassungsvertrag abzulehnen schienen, ermangelte es an Elan bei ihrer Kampagne für die Ja-Parole. Vielfach wurde dies unter anderem auch damit erklärt, dass der UMP-Chef Nicolas Sarkozy in seiner beständigen Rivalität mit Chirac, an dessen Stelle er in zwei Jahren ins Elysée einziehen möchte, aus einer Niederlage des Staatschefs im Referendum zusätzlichen Nutzen für sich zu ziehen trachtete. Die zentristische UDF als die proeuropäische Formation *par excellence* in der französischen Parteienlandschaft vermochte sich kaum Gehör zu verschaffen, während die Argumentation der Sozialisten wegen ihres schweren innerparteilichen Dissenses an einem Mangel an Glaubwürdigkeit litt und deshalb der Durchschlagskraft zu entbehren schien.

Im Vergleich zum demagogischen Kesselreiben aller französischer Gegner des EU-Verfassungsvertrages mutete dann die Begründung Präsident Chiracs für

eine Ratifizierung kaum minder bedenklich an. In seiner Bedrängnis erhob er das beabsichtigte Regelwerk der fünfundzwanzig Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu einer Garantie gegen wirtschafts- und sozialpolitischen „Ultraliberalismus“. Wieder einmal schien der Staatschef sein innenpolitisches Heil in einer Linksschwenkung zu suchen, was ihn andererseits größeren Teilen seiner Stammwählerschaft weiter rechts nur noch mehr zu entfremden drohte. Nicht allein zu deren Besänftigung definierte Chirac zudem mehr denn je Europas Rolle als jene eines Gegengewichts gegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Selbstbehauptung gegenüber einem Hegemonieanspruch Washingtons lautete die außenpolitische Parole für eine neue „Festung Europa“. Diese Argumentation kam kaum völlig überraschend und war auch nicht sehr originell, spiegelte sie doch im Grunde manche in gaullistischer Tradition wurzelnde, aber auch von der Linken geteilte Überzeugungen, wie sie Paris schon seit langem propagierte.

Das deutsch-französische Tandem

Bisher hatte diese außenpolitische Position Frankreichs keineswegs die Haltung der Europäischen Union insgesamt gekennzeichnet, sondern bloß eine extreme Einstellung von äußerst begrenzter Wirkung markiert. Der Bruch der transatlantischen Bündnissolidarität durch Berlin in der Irak-Krise und Schröders Einschwenken auf den französischen Konfrontationskurs gegenüber Washington trugen indes auf bedenkliche Weise zu einer erheblichen Stärkung der französischen Ambitionen bei. Zwar entsprach dies wohl kaum der ursprünglichen Intention des Kanzlers, als er einen Ausweg aus der eigenen Isolierung suchte, in welche er sich aus wahlkampfpolitischer Bedrängnis durch seine antiamerikanische Pirouette manövriert hatte. In all den Jahrzehnten zuvor hatte die deutsche

Politik in unerschütterlicher Konsequenz der Qual der Wahl zwischen Washington und Paris stets aus dem Weg zu gehen getrachtet – und wenn es nicht anders ging, sich dann immer im ureigenen Interesse für Amerika entschieden. Mit nachhaltiger, bis heute nicht korrigierter Auswirkung stürzte sich hingegen Schröder aus rein taktischen, kaum langfristig und schon gar nicht europapolitisch kalkulierten Überlegungen in Chiracs Umarmung. Seither bewegte sich immer häufiger bloß noch im Schlepptau der französischen Politik. Nach seiner fatalen „Emanzipation“ von Washington mutet Berlin indes nun in der Umgarnung durch Paris kaum überzeugungsmächtiger oder gar attraktiver an. Bezeichnenderweise tauchte in Argumenten der niederländischen Abstimmungskampagne zum EU-Verfassungsvertrag nun der alte Vorbehalt gegen eine neue Vorherrschaft des deutsch-französischen Tandems in der Abwandlung auf, diese sei auch nicht wünschenswert, wenn die Deutschen stets gehorsam den Franzosen folgten.

Unter dem Deckmantel einer getreuen Weiterentwicklung des europäischen Einigungsideals vollzieht sich nun eine schleichende Zweckentfremdung der Tradition deutsch-französischen Einvernehmens und Zusammenspannens als „Motor“ der fortschreitenden Integration. Schröders Schützenhilfe für Chirac in der Referendumskampagne und überhaupt die fast durchweg zur Schau gestellte, wenn auch kaum mehr durch substantielle Initiativen von größerer Tragweite untermauerte Harmonie zwischen Paris und Berlin ließen sich oberflächlich noch immer trefflich als begrüßenswerter Beitrag zum andauernden Aufbau Europas in einer „immer engeren“ Union darstellen. Schwieriger gestaltete sich allerdings eine solche positive Interpretation, als beispielsweise beide bisherigen Vorreiter des europäischen Zusammenschlusses sich bei der

Aushöhlung des Stabilitätspaktes die Hand reichten. Damit lieferten sie bloß ein schlechtes Vorbild für die kleineren Partner des Euro. In deren Augen entlarvte sich die Harmonie der großen Währungsünder als einzig nationalen Interessen verpflichtete Heuchelei. Mit ihrem skrupellosen Vorgehen haben Deutsche wie Franzosen die einstmals etwa von Helmut Kohl gehegte Hoffnung, die europäische Einheitswährung werde die Grundlage für einen weiteren Integrationsschub bilden können, wohl auf längere Zeit ins Reich frommer Wünsche verdrängt.

Antiamerikanische Stoßrichtung

Nach dem in mythischer Vorzeit durch Zeus in Stiergestalt verübten Raub der phönizischen Königstochter droht Europa eine zweite Entführung. In der französischen Referendumskampagne wurde nicht nur von den Gegnern des Verfassungsvertrages Schindluder mit dem Europagedanken getrieben. In völligem Widerspruch zu den Idealen und Absichten der europäischen Gründerväter vor fünfzig Jahren verschärfte vielmehr auch die offizielle französische Europapolitik ihre antiamerikanische Stoßrichtung zur Begründung der *Raison d'être* des europäischen Zusammenschlusses unter dem neuen Dach der EU-Verfassung. Da die deutsche Politik unter leichtfertiger Preisgabe des sicherheitspolitischen Vorranges von Amerikas Rückhalt sich immer mehr von diesem Kurs vereinnahmen lässt, rechnet sich Paris begreiflicherweise zunehmend Chancen aus, mit seiner Vision von einer Gegenmacht Europa an außen- und sicherheitspolitische Gestade zu gelangen, welche bisher eine Mehrheit der anderen EU-Mitgliedstaaten keineswegs anzusteuern gewillt war.

Weder Chirac noch Schröder standen jemals im Ruf überzeugter Europäer. Dass es ihnen vielfach an Überzeugungskraft zugunsten eines weiteren Zusammenschlusses gebricht, konnte deshalb kaum erstaunen. Die Epoche europapolitischer Visionäre scheint vorbei. Es fehlt fast völlig der einstige Impetus. War dieser im Grunde einzig der tödlichen Bedrohung zu verdanken, welche von den sowjetischen Panzermassen an der Elbe ausging? In den Umrissen des einstigen Karolingerreiches hatte die europäische Einigung auf dem Trümmerfeld nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Anfang genommen. Ein halbes Jahrhundert später wollte vor allem das aus verschiedenerlei Gründen wieder verstärkt auf seinen Laizismus pochende Frankreich in der Präambel der EU-Verfassung keinesfalls einen Bezug auf die christlichen Wurzeln des Kontinents erwähnt sehen. Nun trägt der Nachfolger des Papstes, der entscheidend zum Zusammenbruch des Kommunismus und zur Wiedervereinigung Europas beigetragen hatte, den Namen von Europas Schutzpatron, dem Heiligen Benedikt. Dass es sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein deutscher Papst aus Bayern ist, weist neben der überragenden weltweiten Bedeutung auch eine europäische Dimension auf. Der Genuese Giacomo della Chiesa hatte sich einstmals als Papst Benedikt XV. vergeblich gegen das blutige Gemetzel des Ersten Weltkrieges aufgelehnt. Von den Franzosen wurde er dabei als „Pape boche“ verschrien, während die Deutschen ihn andererseits als „Franzosenpaps“ zu verhöhnen suchten. Fast ein Jahrhundert später hat Benedikt XVI. nichts Ähnliches zu gewärtigen. Doch bedarf Europa angesichts eines auf Abwege geratenden Einigungsgedankens nicht mehr denn je seines Schutzpatrones?